



Gemeinsam für Lollar



Stadtverwaltung Lollar
Büro des Stadtverordnetenvorstehers
Holzmühlerweg 76
35457 Lollar

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Klinkel,
bitte setzen Sie den nachfolgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung.

Beschlussfassung:

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, der Magistrat wird beauftragt, die Wiederaufnahme des Freiwilligen Polizeidienstes in Lollar umzusetzen und 6 Stellen anzumelden.
2. Ein Vertreter des Polizeipräsidiums Mittelhessen, bzw. der „Schutzmann vor Ort“, der für Lollar zuständig ist, soll das Modellprojekt „Freiwilliger Polizeidienst“ den interessierten Parlamentariern und der Öffentlichkeit vorstellen. Insbesondere soll aufgezeigt werden, welche Einsatzmöglichkeiten bestehen, mit welchen Rechten diese ausgestattet sind, welche Leistung von städtischer Seite erbracht werden muss und über welche Qualifikationen die Polizeihelferinnen und Polizeihelfer verfügen müssen. Somit könnten dann nötige Mittel im zu beschließenden Nachtragshaushalt 2022 eingestellt werden.

Begründung:

Das Land Hessen bietet seit dem Jahr 2000 das Modellprojekt „Freiwilliger Polizeidienst“ an. Lollar war eine der ersten teilnehmenden Kommunen, hat das Projekt dann aber ruhen lassen. Der Auftrag in „Präsenz zeigen – beobachten – melden“ soll nun im Rahmen des KOMPASS Programms wieder aufgenommen werden. Ziel ist es, durch das Zeigen von Präsenz, das Beobachten und Melden von Vorfällen, sowie in damit verbundenen vorbeugenden Gesprächen mit den Bürgern, die Sicherheitslage zu verbessern.

Die allgemeine Sicherheit der Lollarer Bürgerinnen und Bürger, sowie ein damit verbundenes hohes objektives und subjektives Sicherheitsgefühl ist ein Kernanliegen kommunalpolitischen Handelns der Koalition und sicherlich aller Parteien in Lollar.

Die Situation in der Schur, aber auch an anderen markanten Punkten, insbesondere in der Kernstadt, fordern uns als politisch Verantwortliche zum Handeln auf. Neben den Unterstützungsmaßnahmen, die bereits durch die Gemeinwesenarbeit laufen, bedarf es aus unserer Sicht aber auch einer klaren Haltung und ordnungsrechtlicher Handhabe gegen die jetzige Situation. Spielplätze sind Orte für Kinder und Familien. Sie dienen der Begegnung und Freizeit. Wenn diese anderweitig genutzt werden und es zum Vermüllen und der Hinterlassenschaft von Glasscherben usw. kommt, überschreitet dies eine Grenze, der unabdingbar Einhalt geboten werden muss.

Durch den Einsatz von gut ausgebildeten Polizeihelferinnen und Polizeihelfer kann das objektive und subjektive Sicherheitsgefühl gestärkt werden, indem eine stärkere Präsenz gezeigt und ein Ansprechpartner vor Ort ist, an den sich die Bürgerinnen und Bürger direkt wenden können.

Heidi Alt
Fraktionsvorsitzende
Bündnis 90/Die Grüne

Norman Speier
SPD- Fraktionsvorsitzender